

# Die Revolution ist tot – lebt die Demokratie?

20 Jahre demokratische Revolution in Osteuropa

Von Jens G. Reich

Die Herbsttage des Jahres 1989 waren für mich, meine Familie und unseren Freundeskreis die aufregendsten und interessantesten Tage unseres Lebens. Nur noch als Erinnerung verfügen wir über die erlebnisgeladenen und bis zur Erschöpfung mitgestalteten Wochen des Aufbruchs aus Bevormundung, Disziplinierung und Langeweile, die für uns das DDR-Leben bedeutete. Das gilt, wohlgemerkt, für den öffentlichen Raum der DDR. Das private Leben war reich und ermöglichte uns zum Beispiel den Aufbau eines weit verzweigten Freundeskreises, aus dem sich auch das Neue Forum speiste, dessen Gründungsauftrag am 10. September vor 20 Jahren veröffentlicht wurde. Und daneben gab es viele andere solcher basisorientierten Bewegungen.

Der Herbst 1989 war ein Aufstand der Bürgerschaft eines ganzen Landes. Man mag ihn Revolution nennen, weil er letzten Endes zu einer grundlegenden Neuordnung des Verhältnisses von Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der herrschenden Produktionsverhältnisse durch eine politische Massenbewegung führte. Das entspricht durchaus den Definitionen von Karl Marx und Rosa Luxemburg – und wem der Begriff „Revolution“ nicht behagt, der muss eben „Konterrevolution“ sagen, nämlich zurück in die bürgerliche Produktionsweise, wie es von Marx allerdings nicht vorhergesehen war. Aber lassen wir die Nomenklaturen – nur Egon Krenz' „Wende“ will mir als Falschbegriff nicht behagen.

Es ist heute nur noch schwer zu vermitteln, welch tiefer Ernst die Menschen erfüllte und dabei von einer geradezu karnevalesken Hochstimmung begleitet wurde. Es war ein Paradox der Stimmungen, und es waren ein paar Wochen konkreter Utopie, als Menschen, die sich zuvor nie gesehen hatten, spontan in Kontakt miteinander traten und engagiert politische Diskussionen über die Gestaltung der Zukunft entfachten.

Einen schwachen Erinnerungsabglanz dieser Zeit vermitteln neben vielem anderen die Film- und Druckdokumente der großen Berliner Demonstration vom 4. November 1989. Das war einerseits eine Comedia dell'Arte mit den Charakterpuppen, die da als Symbol des Alten und des Neuen unter Beifallsjubel und Buhrufen auftraten (eine unter ihnen war auch ich), aber das, was das Volk aus der Demonstration machte, wurde für uns alle, die wir dabei

waren, als Aufbruch in die Zukunft erlebt, und es war doch tatsächlich der Abgesang auf die alte DDR.

Was dann mit der Maueröffnung ausgelöst wurde und ein Jahr währte, war das Abschiedsjahr der DDR, ein Jahr, wie sie keines zuvor erlebt hatte – mit einem öffentlichen Raum, in den jeder eintreten und zur politischen Gestaltung beitragen konnte, in dem Bevormundung und Zensur vergessen waren. In den Schulen wurde Freiheit anstelle von Disziplin und Drückebergerei eingeführt. Auch für die Medien war es ein großes Jahr – endlich einmal berichten zu dürfen, was man wirklich sagen wollte. Als Erinnerung an all das behalte ich das Hochgefühl, was es bedeutet, wenn wirkliche Demokratie gelebt wird und wenn das Volk dabei mitmacht und nicht miesepetrig vom Fensterbankkissen aus zuschaut.

### **Vom Agieren zum Warten, von der Bewegung zum Stillstand**

Betont werden muss, was heute gern nach hinten rutscht, nämlich dass der friedliche Aufstand von 1989 eine historische Leistung eben nicht nur der DDR, sondern aller Völker Osteuropas war und dass die Öffnung der Berliner Mauer nicht das einzige Kerndatum dieses historischen Prozesses ist, sondern dass es entscheidende Bewegungen vorher gegeben hat, ohne die unser Aufbruch in die Freiheit nicht möglich gewesen wäre: Petöfi-Klub, Helsinki-Komitee, Solidarność und Charta 77.

Meine emotionserfüllte Erinnerung an diese Tage blendet natürlich die Elemente des Illusionären erst einmal aus. Sie zeigt nur die helle Seite. Ich muss mein deklaratives Gedächtnis aufrufen, um hervorzuholen, was das Jubeljahr außerdem noch gebracht hat. Da tauchten die ersten Nazis aus der Versenkung auf. Da sicherte sich eine untergehende Herrschaftsklasse emsig die Pfründe und die politische Zukunft. Da versuchten die Mitarbeiter des Schnüffelstaats die Spuren der Schnüffelei schnellstmöglich zu beseitigen, um weißgewaschen wieder von vorn beginnen zu können. Wirtschaftsberater, Lobbyisten und Werbefachleute traten auf den Plan, die vorher bei Koko, MfS, Staatsbank und Plankommission tätig waren. Ganze Volksschamfraktionen tauschten von einer Sitzung zur nächsten ihre Trabanten gegen neue Audi-80-Limousinen aus. Karrieristen erfüllten, wo in Zukunft Macht und Einfluss sein würden und besetzten die entsprechenden Positionen. Banken, Energiekonzerne und Medienverbände wanderten ein und gestalteten die Zukunft nach ihren Rezepten.

Eine frei gewählte Volksschamfraktion wischte den Verfassungsentwurf und die Idee einer verfassungsgebenden Versammlung vom Tisch und mogelte sich mit ein paar löchrigen Verfassungsgrundsätzen bis zu Währungsunion und deutschem Einigungsvertrag und der Errichtung der Treuhandanstalt durch, setzte das Grundgesetz, wie es in Artikel 23 hieß, „in anderen Teilen Deutschlands nach deren Beitritt“ in Kraft und half damit, das Versprechen von Artikel 146 GG zu kassieren, in dem es heißt: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk

gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Auf diesen Tag warten wir heute noch. Ja, wir Deutschen warten. Anstatt zu handeln. Wir warten auf ein Geschenk, das uns für den Sankt-Nimmerleins-Tag versprochen wird, wenn nämlich irgendeine Macht geruht, uns eine Volksabstimmung über die Inkraftsetzung einer neuen Verfassung zu gestatten. Das Volk hält bittend die Hand auf. „Hut ab, Majestät“, vor den Märzgefallenen von 1848, gehört nicht mehr zu seinem Wortschatz.

### **Lebt die Demokratie?**

Heute nun, zwei Jahrzehnte später, nach den turbulenten Tagen des Herbstes 1989, stellt sich die Frage: Die Revolution ist tot – lebt die Demokratie?

Ja doch, selbstverständlich. Wir haben Demokratie im deutschen Land. Wir haben ein Grundgesetz, das wir zwar nicht beschlossen haben, das aber die Grundrechte aller Menschen und die Staatsbürgerrechte aller Deutschen definiert, das einen föderalen Bundesstaat aller deutschen Länder garantiert, freie Wahlen zu Parlamenten in der Form einer repräsentativen Demokratie ermöglicht, die staatsrechtliche Machtverteilung genau regelt und über dessen Auslegung ein Bundesverfassungsgericht wacht, das hohes Ansehen genießt und oft schon das letzte, entscheidende und nicht selten sogar weise Urteil gefällt hat.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, allerdings nur in dem Sinne, dass das Volk regelmäßig seine oberen Repräsentanten wählen und nach vier Jahren wieder entlassen kann – dies allerdings nur indirekt auf Parteilisten und mit Beschränkungen, die eine spontane politische Bewegung unmöglich machen. Gleichwohl sei erst einmal festgehalten: Ich fühle mich als freier Bürger, kann meine politische Meinung unbefangen darlegen, kann das Land freizügig verlassen und wieder betreten, ohne ausgebürgert zu werden, kann Vereine und sogar Parteien gründen, kann ein Gewerbe eröffnen, habe manche Abwehrrechte gegen staatlichen Eingriff und muss nicht jedem Vertreter der staatlichen Macht, jedem Polizisten als Untertan entgentreten.

Es gibt Millionen Menschen in dieser Welt, die diesen Zustand, den ich hier nur skizziere, als politisches Paradies begrüßen würden, wenn sich ihr Heimatland dazu durchringen könnte. Und wir können uns darüber freuen, zusammen mit allen Völkern in Osteuropa, dass wir den Weg zu diesem Zustand im Herbst 1989 eingeschlagen haben.

Unsere Demokratie lebt also. Sie lebt, weil ich mit vielen anderen in diesem Land leben möchte, weil ich auch wünsche, dass meine Kinder und Enkelkinder hier leben und sich zu diesem Land und zu seiner politischen Verfassung bekennen können. Ich unterstütze auch aus voller Überzeugung den Weg zu einem geeinten föderalen Europa, den unser Land beschreitet, und bin ebenfalls bereit, alle Misshelligkeiten zu erdulden, die der schwierige europäische Einigungsprozess mit sich bringen mag.

Und trotzdem: Hier stimmt doch etwas nicht mit dieser Demokratie. Unser Land ist in einen echten Krieg am Hindukusch verwickelt, ohne dass der Souverän, das Volk, auch nur ein einziges Mal etwas dazu entschieden hätte. Unsere Wirtschaft gerät in eine globale Krise, in der Steuergelder in schwindelerregender Höhe zur Rettung von Banken eingesetzt werden, ohne dass die zahlenden Bürgerinnen und Bürger um ihr Einverständnis gefragt werden. Im Finanzsystem arbeiten Divisionen von Spezialisten, die mir nicht erklären können oder wollen, was da vor sich geht, jedoch offensichtlich ohne Erklärung und verpflichtende Rechenschaft in einen Crash schwer vorstellbaren Ausmaßes hineinfahren und mir jetzt erzählen wollen, dass sie genau wüssten, wie man das alles wieder ausbügeln muss. Zuvor wurde jeder Bürgerprotest gerade hier in Berlin, zum Beispiel gegen die Manöver der Landesbank Berlin, als Laiengeschwätz abgetan, und jetzt werden die gleichen Finanziere, die erst in vollem Galopp in die Grube hineingeritten sind, von der Regierung als Berater dafür angeheuert, wie man mit Steuergeldern wieder herauskommt. Ich habe zu oft die überheblichen Belehrungen derjenigen gehört, die mir die Kompetenz absprachen, in Finanzsachen ein Urteil zu entwickeln. Jetzt kommen mir die gleichen Belehrer vor wie ein Arzt, der jahrelang die schwelende Krankheit nicht erkannt hat, und mir jetzt weismachen will, dass er der beste Kandidat für die Durchführung einer ebenso wolkigen Therapie wäre.

In dieser, unserer Demokratie ist es also möglich, dass unter dem Banner der grundgesetzlichen Freiheit des Wirtschaftens gigantische Spielgeldsummen verzockt werden, ohne dass die Betroffenen, die es jetzt mit Arbeitsplatzverlust und wirtschaftlicher Not ausbaden, auch nur erfahren haben, was eigentlich vor sich ging. Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt, so hieß es, und genau dort ist sie zugrunde gerichtet worden. Von Verantwortlichkeit für fremdes Eigentum und vor weitreichenden Entscheidungen aus kurzfristigen Motiven sollten wir nicht reden, uns nicht einmischen. Es steht deshalb die Frage auf der Tagesordnung, ob nicht an der Demokratie der Wirtschaftsverfassung unseres Landes und unserer Europäischen Union dringend Arbeit notwendig ist.

### **Verfassungsideal versus Verfassungswirklichkeit**

Ich formuliere das alles aus dem Bauch – ich habe einen anderen Beruf und kann keine Strategie präsentieren. Aber dass wir aktuellen Anlass haben, einmal nachzufragen, ob die Verfassungswirklichkeit, die gelebte Demokratie, tatsächlich so ideal ist, wie sie in Kürze in den Sonntagsreden zum 20. Jahrestag des Mauerfalls wieder dargestellt werden wird, ist tatsächlich meine Überzeugung. Es kann nicht richtig sein, dass die Verfassungswirklichkeit, die wir erleben, es mit sich bringt, dass wir bei Fragen, die uns unmittelbar betreffen, niemals an den Entscheidungen beteiligt werden.

Ich habe die Sorge, dass sich die Demokratie, die sich in unserem Verfassungsstaat realisiert, als nicht stabil erweisen könnte. Alte Bundesrepu-

blikaner erklären mir mit Stolz, welche Krisen die Bundesrepublik überstanden habe und wie gefestigt sie im Laufe ihrer 60 Jahre geworden sei. Meines Erachtens wird da der Tag vor dem Abend gelobt. Es ist für mich nach wie vor zweifelhaft, ob die Demokratie in unserem Land wirklich widerstandsfähig wäre, wenn eine existenzielle Herausforderung käme. Meine Großeltern konnten oder wollten die Weimarer Demokratie nicht verteidigen, als sie zum Ende der 20er Jahre in ihre größte Krise geriet. Werden wir einer existenziellen politischen Herausforderung tatsächlich gewachsen sein, wenn sie, genau wie 1929, global eintritt? Oder werden wir, wie man gegenwärtig den Eindruck haben muss, nur gebannt auf das mehr oder weniger hilflose Agieren unserer Volksvertreter starren?

Auf die technischen Haltepflocke des Grundgesetzes und des angehängten Wahlgesetzes, die Fünf-Prozent-Hürden und das konstruktive Kanzler-Misstrauensvotum würde ich mich jedenfalls nicht verlassen wollen. Und wie eine wirkliche, existenzielle Herausforderung aussähe und wie ihr zu begegnen sei, das wissen wir trotz aller Krisenerfahrung nicht genau. Ob wir in diesem Augenblick die erforderliche Kraft aufbrächten, auch das ist unsicher. Jedenfalls haben wir viel zu viel von unserer gepriesenen Macht als Souverän aus den Händen gegeben.

Wir lassen es stattdessen zu, dass die politische Macht indirekt ausgeübt wird. Wir lassen uns gefallen, dass es nahezu unmöglich ist, existenziell wichtige politische Fragen direkt mit zu entscheiden. Wir murren, aber unternehmen nichts dagegen, dass unter dem Grundgesetz die Demokratie zur Parteiendemokratie geworden ist, dass die Parteien sehr viel mehr an Macht erringen konnten, als zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung, ihrem Verfassungsauftrag, notwendig ist. Die weitgehende Auflockerung der Gewaltenteilung ist besorgniserregend. Legislative und Exekutive, das hat die Wirtschaftskrise in erschreckender Weise deutlich gemacht, sind nur noch unscharf getrennt. Als Legislative kostümiert sitzen in den ersten Reihen des Parlaments die Vertreter der Exekutive, Kanzler, Minister, parlamentarische Staatssekretäre und die ihnen zuarbeitenden Gehilfen. Sie stimmen über die eigenen Positionen und Gesetzentwürfe ab und bügeln die Kontrollinstanz, die Opposition, mit Mehrheit ab. Die Kandidaten der obersten repräsentativen Funktion (der Bundespräsident) und für die obersten kontrollierenden Staatsfunktionen (das Verfassungsgericht) werden ebenfalls von den gleichen Parteien ausgesucht und nach Proporz ausgehandelt. Das Ganze nennt sich Gewaltenteilung.

Die Anforderungen an eine politische Laufbahn in diesem System sind so stark von jahrelanger Netzwerk- und Cliquenbildung im Parteiensystem abhängig, dass wirkliche Sachkompetenz in jedem Fachberuf auf die Dauer verloren gehen muss, wenn man sich zur Ochsentour entschließt. Die politische Macht und ihre Ausübung sind zu einem Berufsstand geworden – das kann nicht die Intention einer demokratischen Verfassung sein, und es war ganz bestimmt nicht der Inhalt und das Ziel unserer politischen Vorstellungen von 1989, die ja gerade den Berufsstand des SED-Kaders als Entscheidungsinstanz über das Leben der Untertanen abschaffen wollte.

## Wer verteidigt das Erreichte?

Bärbel Bohley, vor 20 Jahren ebenfalls Mitbegründerin des Neuen Forums, ist seinerzeit viel gescholten worden für ihren Ausspruch, dass die „89er“ Gerechtigkeit wollten und den Rechtsstaat bekamen. Ich will den Ausspruch nicht kommentieren, sondern in der Intention umformulieren. Wir haben Grundrechte, Freiheitsrechte, Bürgerrechte erreicht, die wir aktuell auch energisch verteidigen müssen. Aber das Recht der politischen Mitwirkung in wesentlichen Fragen wurde suspendiert. Suspendiert, nicht kassiert: Denn die Verfassung erlaubt ja direkte Demokratie. Und zu den wesentlichen Fragen zählen nun einmal die Wirtschaftsverfassung und Fragen wie die, wie in der Krise zu handeln sei. Meine Frage ist, ob das repräsentative Mandat des Parlaments wirklich die Entscheidungskompetenz für einen unerklärten, verschämt als Befriedungsaktion deklarierten Krieg auf einem Tausende von Kilometern entfernten unwegsamen Gelände beinhaltet. Ich meine nein und plädiere in einer solchen wichtigen Frage für ein direktes Plebiszit. So dumm ist der deutsche Michel nicht, als dass er nicht entscheiden könnte, um was es hier geht. Wer definiert die Grenzen der repräsentativen Demokratie, und wohin gehört die Volksabstimmung in wichtigen Entscheidungsfragen? Das alles sind zentralen Fragen an unsere Demokratie, die über ihre Zukunft entscheiden.

Als nunmehr Alt-89er lautet mein Fazit: Die osteuropäische politische Bürgerbewegung von 1989 hat ein gescheitertes Gesellschaftsmodell abgeschafft, hat einen historischen Erfolg erkämpft. Aber mehr Basisdemokratie und mehr Demokratie in der Wirtschaft hat sie nicht erreicht. Geschlagen ziehen wir nach Haus, die Enkel fechten's besser aus – so resigniert wie das berühmte Alt-48er-Lied sehe ich die Bilanz nicht. Aber dass die Enkelgeneration dran ist, es besser auszufechten, das möchte ich doch unterschreiben.



**LESEN HILFT**

Bitte spenden Sie die »Blätter für deutsche und internationale Politik« für Gefangene zum Preis von jährlich 58,20 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00 Konto 30 85 400, Kennwort: »Blätter«

[www.freibos.de](http://www.freibos.de)

